



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Wandsbek
Bezirksversammlung

Antwort zu Anfragen CDU Bezirksfraktion Wandsbek Sören Niehaus, Thomas Mühlenkamp, Heinz Seier, Claudia Folkers und Franziska Hoppermann	Drucksachen-Nr.: 20-1244.1 Datum: 09.06.2015 Status: öffentlich
--	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Wandsbek	09.07.2015

Kampf gegen Extremismus in Wandsbek

Sachverhalt:

Kampf gegen Extremismus in Wandsbek

Der Kampf und die Anstrengungen aller Demokraten gegen jegliche Formen von Extremismus sind wichtig und dürfen nicht vernachlässigt werden. Bedrohungen aus allen politischen Lagern sowie religiösen Hass sieht man leider in Wandsbek und Hamburg viel zu häufig. Sei es die Bedrohung von Flüchtlingsunterkünften durch Rechtsextreme, der Terror auf der Schanze durch linke Staatsfeinde oder das Verteilen des Korans durch verfassungsfeindliche Salafisten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die zuständige Fachbehörde:

Das Bezirksamt antwortet wie folgt:

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration antwortet wie folgt:

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) fördert in den Handlungsfeldern der Bekämpfung von Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus in der Regel Projekte die auf einen Bezirksgrenzen übergreifenden Bedarf ausgelegt sind.

Die hamburgweite Bekämpfung von Rechtsextremismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfolgt auf der Grundlage des „Landesprogramms zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus – Hamburg Stadt mit Courage“, das der Hamburger Senat im November 2013 verabschiedet hat. Dieses richtet sich mit seinen Handlungsschwerpunkten

- *Auseinandersetzung mit und Vorbeugung von Rechtsextremismus und menschen-verachtenden Anfeindungen im öffentlichen Raum,*
- *Stärkung, Förderung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen,*
- *Unterstützung von Institutionen und individuell Betroffenen,*
- *Förderung von Vernetzung und die Bündelung von Kompetenzen*

sowohl an den Staat und die Verwaltung wie auch an zivilgesellschaftliche Einrichtungen, Organisationen sowie an Bürgerinnen und Bürger, die in Hamburg das religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben prägen und gestalten.

Im Rahmen der Förderrichtlinie zum Landesprogramm (siehe auch <http://www.hamburg.de/landesprogramm/4304158/foerderrichtlinie/>) können zivilgesellschaftlich organisierte Projekte gegen Rechtsextremismus, menschenfeindliche Einstellungen und Diskriminierung sowie zur Stärkung demokratischen Bewusstseins auch im regionalen Kontext (auch auf der örtlichen Ebene) gefördert werden (in der Regel begrenzt auf 5.000 Euro pro Jahr).

Die BASFI beteiligt sich darüber hinaus seit dem Jahr 2008 an den verschiedenen Bundesprogrammen zur Demokratieförderung. Im Rahmen des aktuellen Bundesprogramms „Demokratie leben!“ <https://www.demokratie-leben.de>, das eine Laufzeit vom 01.01.2015 - 31.12.2019 umfasst, werden folgende hamburgweite Projekte gefördert:

- Landeskoordinierungsstelle des Hamburger Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus, Lawaetz-Stiftung Hamburg,
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Arbeit und Leben Hamburg e.V.
- Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, Arbeit und Leben Hamburg e.V.,
- Beratungsstelle Kurswechsel - Ausstiegsarbeit Rechts, Christliches Jugenddorfwerk Hamburg und Eutin e.V.

Die Bezirksämter Hamburg-Mitte, Wandsbek und Harburg haben sich im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erfolgreich um die Förderung einer lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ beworben. Diese Projekte haben das Ziel, Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und gezielt Akteure auf lokaler Ebene einzubinden. Weitergehende Informationen hat nach Kenntnis der BASFI das zuständige Fachamt Sozialraummanagement.

Im Handlungsfeld Religiös begründeter Extremismus werden auf Grundlage des Senatskonzepts „Effektive Maßnahmen gegen gewaltbereiten Salafismus und religiösen Extremismus ergreifen“ (Drs. 20/13460 vom 28.10.2014) verschiedene überregionale Projekte entwickelt, die ab Juli 2015 starten, dies sind u.a.:

- eine Beratungsstelle zur Angehörigenberatung und Deradikalisierung,
- Projekte von Religionsgemeinschaften zur Koordinierung der Präventionsarbeit.

Darüber hinaus kofinanziert die BASFI seit 2015 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ das Projekt „Al-Wasat – die Mitte“, Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut (Harburg).

Dies vorausgeschickt wird empfohlen, Informationen zu Wandsbeker Projekten im Bezirksamt Wandsbek zu erfragen.

Vor diesem Hintergrund beantwortet die BASFI die Fragen des Auskunftersuchens, soweit ihr Geschäftsbereich berührt ist, wie folgt:

1. Wie viele und welche Projekte gegen Rechtsextremismus gibt es in Wandsbek und in welcher Höhe werden diese jeweils staatlich gefördert? Bitte nach Fördergeldern von Bund/Ländern/Bezirk aufteilen.

Das Bezirksamt antwortet wie folgt:

Das Bezirksamt hat keinen Überblick darüber, welche Projekte gegen Rechtsextremis-

mus es in Wandsbek gibt. Vom Bezirksamt wird kein Projekt gefördert.

*Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration antwortet wie folgt:
Auf der Grundlage der o.g. Förderrichtlinie hat die BASFI bislang drei Projekte von Schulen im Bezirk Wandsbek gefördert (einen Workshop zum Thema Antisemitismus, zwei Projektwochen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit); im Übrigen siehe Vorbemerkung.*

2. Wie viele und welche Projekte gegen Linksextremismus gibt es in Wandsbek und in welcher Höhe werden diese jeweils staatlich gefördert? Bitte nach Fördergeldern von Bund/Ländern/Bezirk aufteilen.

Das Bezirksamt antwortet wie folgt:

Das Bezirksamt hat keinen Überblick darüber, welche Projekte gegen Linksextremismus es in Wandsbek gibt. Vom Bezirksamt wird kein Projekt gefördert.

3. Wie viele und welche Projekte gegen religiösen Extremismus gibt es in Wandsbek und in welcher Höhe werden diese jeweils staatlich gefördert? Bitte nach Fördergeldern von Bund/Ländern/Bezirk aufteilen.

Das Bezirksamt antwortet wie folgt:

Das Bezirksamt hat keinen Überblick darüber, welche Projekte gegen religiösen Extremismus es in Wandsbek gibt. Vom Bezirksamt wird kein Projekt gefördert.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration antwortet wie folgt:

Siehe Vorbemerkung.

4. Welche Projekte, die sich gegen die drei genannten Formen des Extremismus wenden, sind im Bezirk Wandsbek geplant?

Das Bezirksamt antwortet wie folgt:

Das Bezirksamt hat keinen Überblick darüber, welche Projekte gegen die drei genannten Formen des Extremismus in Wandsbek geplant sind. Dem Bezirksamt selber ist vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben vom 01.06.2015 bis 31.12.2015 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Förderbereich A: „Bundesweite Förderung lokaler Partnerschaften für Demokratie“ eine Zuwendung bewilligt worden.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration antwortet wie folgt:

Siehe Vorbemerkung.

5. Welche Projekte gegen welche Form von Extremismus haben Fördergelder jeglicher Art seit 2011 beantragt, aber keine Gelder erhalten und warum nicht?

Das Bezirksamt antwortet wie folgt:

Dem Bezirksamt sind keine derartigen Anträge bekannt.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration antwortet wie folgt:

Informationen über abgelehnte Anträge anderer Zuwendungsgeber bzw. über nicht förderfähige Projektplanungen von freien Trägern liegen der BASFI nicht vor.

Anlage/n:

keine Anlage/n